



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/52

7. Februar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Amtstätigkeit des Bundesinnenministers	S.1
Die Ereignisse in Prag	S.3
Flüchtlinge auf dem Dorfe	S.5
Spionage-Anweisung Nr.4	S.7

Innenminister Dr. Lehr

-e. Es versteht sich, dass Innenminister Lehr als Nachfolger Heinemanns in einem Brennpunkt der politischen Arbeit in Bonn steht. Die zentrale Bedeutung des Ministeriums kann kaum unterschätzt werden und es hängt einiges für unsere Zukunft davon ab, wie der Minister dieser Bedeutung Rechnung trägt. Dr. jur. et Dr. med. h. c. Lehr waltet erst gute vier Monate seines Amtes, für das er nach Wissen und Erfahrung zweifellos geeignet ist. Manche Erklärung und Handlung in diesen vier Monaten musste um so mehr überraschen. Wir meinen nicht die Tatsache, dass Lehr doch nur ein ministerieller Beigeordneter des Kanzlers zu werden scheint oder dass er Heinemanns Entwurf einer Geschäftsordnung für das Kabinett zu einer reinen Chefordnung für Adenauer verwandeln half. Wir meinen seine Einstellung zu einigen in der letzten Zeit aufgetauchten Fragen und die Zwiespältigkeit, die seine Haltung im Plenum und den Ausschüssen des Bundestages verrät.

Lehr ist ein konservativer Mann, er gehörte früher der Deutsch-Nationalen Volkspartei an. Wenn ein Zitat richtig ist, das in Bonn kolportiert wird, kam der ehemalige OB von Düsseldorf und jetzige Minister in den Jahren des Dritten Reiches zu der Überzeugung "vom Wert der Demokratie". Wir haben Grund, den "Wert der Demokratie" dem Minister ins Gedächtnis zu rufen.

Es verträgt sich nämlich nicht mit diesem Wert, wenn der Minister, der für die Respektierung unserer Verfassung berufen ist, gegen die

Meinungsfreiheit zu Felde zieht oder wenn er die Interessen seiner Partei vor die strikte Befolgung des Grundgesetzes stellt, wie er es in Sachen Südweststaat versuchte. Es ist sicher für einen CDU-Minister nicht erfreulich, dass die CDU in dieser Frage nicht einer Meinung ist, aber die Aufgabe, das Problem zu lösen, hat der Bundestag, nicht die CDU. Im Gegensatz zur Meinung des Innenministers widerspricht die Durchführung dieser Lösung nicht den Bemühungen um die Sicherheit der Republik, sondern sie ist ein Beitrag für diese Sicherheit. Das gleiche gilt vom Aufbau der Bereitschaftspolizei auf legalem Wege. Der Minister Lehr sieht ein, dass dieser Weg nur über eine Änderung der Verfassung führt. Der CDU-Abgeordnete Lehr sträubt sich gegen diese Änderung, die die Verbindlichkeit unserer Verfassung für die Gesetzgebung festigen soll. Wie anders ist der Umweg über den Grenzschutz zu erklären, auf dem Lehr nach dem unglücklichen Verwaltungsabkommen mit den Ländern zu einer Polizeiexekutive des Bundes kommen will? Es sollte doch Aufgabe des Innenministers sein, nicht nur in den Ausschüssen, sondern auch vor dem Plenum des Parlaments energisch dafür einzutreten, dass die Verfassung der realen Lage der Republik angepasst wird, statt diese Lage auf Umwegen meistern zu wollen. Sollten für alle diese Zwielfichtigkeiten irgendwelche Kräfte- oder Kompetenzverhältnisse im Kabinett verantwortlich sein, dann wäre es Sache des Innenministers, sich durchzusetzen. Das gleiche gilt in anderen Fragen des praktischen Verfassungsschutzes, der mehr Aktivität verlangt, als sie der Minister bisher demonstrierte.

Der Wert der Demokratie liegt auch in der Achtung des Volkes gegenüber den Männern, die es regieren. Es ist kaum denkbar, dass Minister Lehr dieser Achtung näherkommt, wenn er in einer Stellungnahme zu einem Rundfunkkommentator den Standpunkt eines Teils seiner Parteifreunde zu einer regierungsamtlichen Erklärung erhebt, wenn er angesichts der Gefahr eines Streiks sehr missverständliche Angaben über die mögliche Rolle der Polizei macht oder wenn er im Parlament kommunistische Zwischenrufe unüberlegt pariert. Auch diese Dinge gehören zu den Vorhaben, den Wert der Demokratie zu vermehren. Und das wäre wohl die erste Aufgabe unseres Innenministers. Die Hoffnung, dass er sie lösen wird, ist nach vier Monaten geringer als im Oktober 1950.

Die Ereignisse in der Tschechoslowakei

-dt. Noch immer ist der böhmische Kessel nicht nur geographisch das Herz Europas. Bismarcks Wort, dass Herr von Europa sei, wer Böhmen besitze, hat zwar heute nicht mehr die absolute Gültigkeit wie damals, aber die geopolitische und strategische Bedeutung Böhmens ist auch im Zeitalter der Düsenjäger und der Atombombe immer noch grösser als die jedes anderen Landes in Mitteleuropa. Das wissen die Russen so gut wie es Hitler wusste. Darum ist alles, was in der Tschechoslowakei geschieht, für Deutschland nicht nur wegen der unmittelbaren Nachbarschaft von Interesse.

Schon in der ersten Januarwoche gab die Tschechoslowakei Anlass zu Schlagzeilen über Meldungen, dass Marschall Konjew, eines der militärischen Asse Moskaus, ähnlich wie Marschall Rokossowski in Polen, die Gleichschaltung der tschechischen Armee übernommen habe. Um diese Zeit soll Konjew bereits drei Monate lang abwechselnd in Prag und in Karlsbad gewirkt haben; äusserlich trat dieses Wirken insofern in Erscheinung, als ab 1. Januar Uniformen und die niederen Dienststränge in der tschechischen Armee dem russischen Vorbild angepasst wurden. Es ist aber kaum anzunehmen, dass Moskau allein wegen dieser Äusserlichkeiten einen Marschall Konjew für mehrere Monate in die Tschechoslowakei geschickt hätte. Indes, eine amtliche Bestätigung aller um Konjew verbreiteten Gerüchte blieb aus, während man im Falle Rokossowski diese Scheu nicht hatte. Es blieb demnach ungeklärt, ob zu diesem Zeitpunkt die "Machtübernahme" Konjews noch nicht reif war oder ob durch vorzeitige Enthüllungen der ganze Plan torpediert worden war und verschoben werden musste.

Die nun aus der Tschechoslowakei kommenden Gerüchte über einen neuen Staatsstreich, der diesmal gegen Gottwald gerichtet sein soll, lassen einen ursächlichen Zusammenhang zwischen den Ereignissen um Konjew und den heutigen Geschehnissen vermuten. Es ist durchaus möglich, dass sich in den Kreisen um Gottwald Widerstände gegen eine Inthronisierung Konjews erhoben, weil Gottwald über die psychologische Verfassung seiner Tschechen besser Bescheid weiss als der Krenl. Den Polen konnte man mit Rokossowski immerhin noch einen Russen vorsetzen, der polnischer Abstammung ist; Konjews Geburtsschein prädestiniert ihn aber in keiner Weise zu einer Besitznahme des

Bradschins. Und bei aller Geduld der Tschechen, sich bolschewisieren zu lassen - sie haben seit den Zeiten Machas und Heydrichs ein feines Gefühl dafür, wer auf dem Bradschin wirklich die Macht ausübt, sie wissen den Schein von der Wirklichkeit zu trennen.

Noch schweigt man in Prag zu allen diesen Gerüchten; man ist daher bei der Interpretation dieser Vorgänge auf unbestätigte Gerüchte angewiesen. Vielleicht wird man klarer sehen, wenn die US-Besatzungsbehörden in Deutschland sich konkreter als heute zu den Vermutungen äussern, welche prominente tschechische Politiker sich in den letzten Tagen unter ihren Schutz geflüchtet haben. Dass Gottwalds Stellung ausgehöhlt ist, wurde bereits vor etwa drei Wochen bekannt, als Moskaus Verärgerung über einen tschechoslowakisch-englischen Handelsvertrag nicht mehr länger zurückgehalten wurde.

Mit Gottwald und Zapotocky würde wieder einmal die Revolution ihre eigenen Kinder fressen. Beide Männer waren die treibenden Faktoren, als genau vor drei Jahren das pseudo-demokratische Regime Benesch hinweggefegt wurde. Aber so wenig Benesch ein Demokrat war, so wenig kann man Gottwald heute des Titoismus verdächtigen. Gottwald hat die entscheidenden Jahre seines Aufstiegs in Moskau verbracht, wo er die letzten ihm noch anhaftenden Reste des tschechoslowakischen Parlamentarismus vor 1938 ablegte. Wogegen er sich sträubt, ist das Tempo der Bolschewisierung und die plumpen, propagandistischen Methoden, die Moskau in seinem Machtbereich einheitlich star anwendet, ob die Betroffenen nun Koreaner, Kirgisen, Mecklenburger oder Tschechen sind. Gottwald ist zu klug, um Titoist zu sein; im Norden und Süden von den russischen Besatzungsarmeen in Ostdeutschland und Oesterreich umklammert, im Osten an moskautreue "Volksdemokratien" grenzend, im Innern eine durch und durch bolschewisierte Exekutive, weiss Gottwald genau, dass eine Frontstellung gegen Moskau reiner Selbstmord wäre. Ausserdem hätte es Gottwald mit Tschechen und nicht mit Serben zu tun.

Die erste Garnitur des Kutschkes vom Februar 1948 hat sich in der ferngelenkten totalitären Maschine abgenutzt, die zweite Garnitur drängt zur Macht, um den wirklichen Machthaber, den Kreml, noch stärker als bisher unbedingten Gehorsam zu garantieren.

Deformation des Dorfes ?

Kürzlich heiratete in einem Dorfe ein fünfzehneinhalbjähriges Flüchtlingsmädchen einen zwanzigjährigen Ausländer, der als DP im Lande verblieben war, weil es sich Mutter von ihm werden fühlte. Die Eltern des Mädchens hatten ihre Zustimmung zur Hochzeit gegeben. Der Bürgermeister des Ortes war darüber so erregt, dass er befürchtete, während der Ziviltrauung werde ihm die Sprache wegbleiben. Der Pfarrer der Gemeinde fragte, ob denn der Weltuntergang nahe sei, da die Sittenlosigkeit an der Grenze der Unüberbietbarkeit angelangt sei. Dessenungeachtet rauschte die Braut am Arme des jungen Ehemannes in langem Seidenkleid mit Schleppe vom Standesamt durch die Dorfstrasse nach Hause, und es fehlte bei den Einheimischen nicht an bissigen Bemerkungen.

Der Vorgang interessiert nicht um seiner selbst willen, sondern weil er von einer gewissen Typik ist. Nicht, als ob er sich nun alle Tage wiederholte. Aber er zeigt in zugespitzter Weise den Einbruch anderer Auffassungen in den von einer stehenden Sitte bisher festgefühten Organismus des Dorfes. Es stossen hier verschiedene Welten aufeinander.

Das Dorf hatte durch Zuwanderung von Flüchtlingen und inzwischen von teilweise wieder verzogenen städtischen Ausgebombten einen starken Bevölkerungszuwachs erfahren. Mancherorts betrug er eine Verdoppelung der Einwohnerzahl. Der früheren Landflucht war eine Flucht auf das Land gefolgt. Erste Konfliktstoffe traten bereits bei der Wohnungseinweisung der Hinzukommenden auf, die stellenweise den Einheimischen nur mit Hilfe der Polizei abgezwungen werden konnte. Weitere Verstärkung gab es hier und da, als in den Jahren nach dem Kriege, wenn Flüchtlingstransporte angesagt waren, das Dorf wie ausgestorben dalag und die Bauern erst von den Feldern hereingeholt werden mussten, um die Neubürger unterzubringen. Die Nahrungsmittelbewirtschaftung mit Haben hier und Nichthaben dort trat hinzu. Die neuen Einwohner dachten an den Verlust von Haus, Hof und Existenz und sahen andererseits Überfluss und Bereicherung bei den Eingewohnten. Die Version von der Hartherzigkeit der Bauern verbreitete sich, und es wurde die Frage laut: "Haben wir denn den Krieg allein verloren?"

Schliesslich meldete sich das Problem der Alterszusammensetzung.

Die Flüchtlinge hatten einen besonders hohen Prozentsatz von Frauen, Kindern und Greisen aufzuweisen; die Bauern befürchteten daher ein unverhältnismässiges Anwachsen der Fürsorgelasten ihrer Gemeinde. Soweit aber Männer aus industriellen Berufen mit angekommen waren, ergab sich ein Mangel an geeigneten Arbeitsplätzen infolge der zu grossen Entfernung industrieller Arbeitszentren, daher zwangsläufige Arbeitslosigkeit, welche man auf der Gegenseite ungerechterweise wiederum als Arbeitsunwilligkeit auslegte. In Verkennung und unzulässiger Verallgemeinerung schlossen sich die Einheimischen häufig von den Neubürgern ab.

In der Folgezeit enthüllte das Problem seine politische Seite. Zum ersten Male gab es im Dorfe bei den Wahlen auch andere Parteien als bisher bei der meist konservativen Landbevölkerung üblich. Die Neuwähler eroberten sich Sitze im Gemeinderat. Hier fand man sich endlich und allmählich auf einer sachlichen Ebene zusammen. Nicht alles deutete auf Gegnerschaft. Die Herkunft der Flüchtlinge aus vorwiegend katholischen Gegenden zeigte in Süddeutschland, vor allem in Bayern, eine Annäherung auf der gemeinsamen konfessionellen Grundlage. Auch die Pflege heimischer Sitte bei den Zugewanderten liess, soweit Tracht und Brauch bei den Altbewohnern des Dorfes noch lebendig waren, Interesse für einander erwachsen. Hier und da stellten Eheschliessungen der Jüngeren eine personelle Überbrückung und Bindung her.

Trotzdem ist das Problem im Ganzen durchaus noch in der Schwebe. Die Frage heisst: Wird eine Eingliederung am Ende möglich sein oder wird die Deformation des Dorfes als ein bleibender Zustand, als Unruhe- und Konfliktherd, bestehen bleiben? Ohne Zweifel liegt das soziale Übergewicht bei den Angewesenen. Dort wird es voraussichtlich auch bleiben, trotz mancher Opfer und Einschränkungen im einzelnen. Daher auch die Verpflichtung zu tatkräftiger Hilfeleistung. Aber auch von den Hinzugekommenen muss der Beweis für ihren Anpassungswillen und für Vernunft des Wirtschaftens erbracht werden. Dies gilt namentlich für die Anwendung der Mittel aus Flüchtlings- und Soforthilfe, die oftmals sinnlos für Konsumzwecke ausgegeben, statt in der Anschaffung bleibender oder langfristig lebender - Güter wie Möbel, Hausrat usw. angelegt zu werden. Die Umsiedlung allein wird das Problem nicht lösen. Die arbeitsmarktpolitische Hilfe der Ämter muss hinzutreten und nicht zuletzt der allgemein-menschliche gute Wille aus dem Geiste der vielzielierten, aber seltener geübten Nächstenliebe.

H.Sch. - 7 -

Spionage-Anweisung für West-KP

(sp) Das Büro des Parteivorstandes der SPD ist im Besitz eines Dokuments, in welchem kommunistischen "Einsatzleitern" im Westen genaue Richtlinien über Spionage- und Überwachungstätigkeit gegeben werden. Die wichtigsten dieser Richtlinien lauten:

"1. Alle Einsatzleiter müssen die genauen Vorgänge in ihrem Abschnitt unter Kontrolle haben. Sie müssen über jede Verstärkung der Polizei sowie der Besatzungstruppen unterrichtet sein.

2. Die Aktionsgruppenleiter haben dafür Sorge zu tragen, dass ihre Aktionsgruppe jederzeit einsatzbereit ist und müssen dieses ihrem Abschnittsführer (Einsatzleiter) laufend melden.

3. Jeder Einsatzleiter hat sofort in seinem Abschnitt eine besondere Aktionsgruppe zu bilden, die aus 1-6 Mann besteht. Der Leiter dieser Sonderaktionsgruppe muss in jedem Fall ein Funktionär sein, der am Sonderkursus im Oktober-November teilgenommen hat.

4. Jede Aufnahme von Rüstungsproduktion in einem Abschnitt ist sofort und ohne Verzug zu melden.

- a) Angabe, welche Fabrik und wo
- b) In welchem Gebäudeteil stehen die erforderlichen Maschinen
- c) Wo lagert der Rohstoff?

5. Wo befinden sich Waffen- und Munitionsmagazine?

- a) Polizei
- b) Besatzungstruppen; Ort und Lage angeben.

Tag und Nacht verbreiten die offiziellen Zeitungen und Sendestationen ihre Kriegspropaganda und hetzen gegen die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik. Die Folge ist bei den politisch unklaren Schichten der Bevölkerung eine ganz offensichtliche Panik. Sie äußert sich einerseits in einem sinnlosen Vergnügungstauel mit dem letzten Groschen, andererseits in Hamsterkäufen. Diese künstlich geschaffene Situation müssen wir zu unserem Vorteil nützen. Wir müssen noch mehr Öl ins Feuer glessen und die Panik dadurch noch steigern. Erst dann wird es für uns ein leichtes sein, unseren Siegeszug in Bewegung zu setzen."

Das Dokument trägt die Bezeichnung "Anweisung Nr.4"; im Briefkopf und als Unterschrift die drei Buchstaben "H.B.Z." Das dürfte die Abkürzung für "Hauptweisungsstelle Britische Zone" sein; ein Geheimdezeretat des Zentralsekretariats der SED.

+ + + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt